

Deutsche wählt das freie und soziale Europa – gegen ein sozialistisches Europa

25 Thesen für eine Politik der Freiheit und des persönlichen Glücks in Europa

I. Europawahl '79 – Weichenstellung für Europa

These 1: Die Europawahl ist ein bedeutender Schritt vorwärts

Die Bürger Europas stehen vor einem historischen Ereignis: Zum ersten Male wählen sie ein gemeinsames europäisches Parlament. Diese Wahl ist ein bedeutender Schritt vorwärts auf dem Weg der politischen Einigung Europas, wie er von Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi und Robert Schuman begonnen wurde.

These 2: Die CDU war und ist der Motor der europäischen Einigung

Unter maßgeblicher Beteiligung und Verantwortung der CDU wurden 1951 die Montanunion — Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) — und 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet. Europa ist für die CDU mehr als ein geographischer Begriff. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind seine geistigen und politischen Grundwerte. Die Einigung Europas ist die einzige Chance, Freiheit, Eigenständigkeit und Sicherheit gegenüber der totalitären Bedrohung durch den Kommunismus zu behaupten.

These 3: SPD sagt nein zum Aufbau Europas

Verbissen hat die SPD nein gesagt zum Aufbau Europas:

- 1950: Die SPD ist gegen den Eintritt der Bundesrepublik in den Europarat.
- 1952: Die SPD-Fraktion lehnt im Bundestag die Montanunion ab. Die SPD sagt nein zur Mitarbeit an einem europäischen Verfassungsentwurf.
- 1954: Die SPD sagt nein zur künftigen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

- 1955: Die SPD lehnt den Beitritt zur Westeuropäischen Union (WEU) ab.
- 1960: Zum 84. Geburtstag Konrad Adenauers schrieb der SPD-Pressedienst am 4. Januar 1970 über die Rolle Adenauers bei der Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und der Einigung Europas: „Er gehört zu den Architekten einer Politik, für die es keine Zukunft gibt.“

These 4: Europas Leistungsbilanz ist positiv

Unser Einsatz für Europa hat sich gelohnt:

- Nach Krieg, Haß, Not und Zerstörung hat neben der NATO vor allem die Europäische Gemeinschaft es uns erleichtert, in die Völkerfamilie zurückzukehren.
- Die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit im freien Europa hat den Frieden gefestigt und die Demokratie in der Bundesrepublik, bei den Nachbarn und bei den künftigen Gemeinschaftsmitgliedern Griechenland, Portugal und Spanien gestärkt.
- Die EG hat ganz wesentlich zu mehr Wohlstand und wirtschaftlicher Stabilität in Europa beigetragen. Der Warenaustausch der EG-Länder untereinander ist heute zehnmal höher als 1958. Über 50 % des Exports der Bundesrepublik Deutschland gehen in die EG. Diese Ausfuhren tragen entscheidend zu einer guten Beschäftigungslage, zu Wirtschaftswachstum und Stabilität unseres Landes bei.

Der freie Reiseverkehr, der Tourismus, der Nachrichten- und Kultauraustausch haben wesentlich zur Überwindung der geistigen und kulturellen Gräben, zur Überwindung von Unkenntnis und Vorurteilen beigetragen.

These 5: Die Europawahl stellt die Weichen für die Zukunft der Gemeinschaft

Die Weichen der zukünftigen Entwicklung werden jetzt gestellt — deshalb müssen die Christlichen Demokraten, müssen die Kräfte der Freiheit die stärkste gestaltende Kraft der Zukunft Europas werden.

Gemeinsam mit unseren Partnern und Freunden haben wir die Chance, die Mehrheit der 410 Sitze im Europa-Parlament zu gewinnen. Wir, das sind vor allem die 11 christlich-demokratischen Parteien aus sieben Ländern der Europäischen Gemeinschaft, die sich in der EVP zusammengeschlossen haben sowie unsere Freunde in den anderen Parteien der politischen Mitte.

Auf der Grundlage der letzten nationalen Wahlen könnten Kommunisten und Sozialisten theoretisch ca. 170 der 410 Mandate bekommen; sie sind also durchaus ein Gegner, den wir ernst nehmen müssen.

These 6: Europa darf nicht sozialistisch werden

Sozialisten und Kommunisten sagen: Europa wird sozialistisch sein, oder es wird nicht sein. Unser Demokratieverständnis läßt eine solche Formulierung nicht zu. Wir sagen nicht: Europa wird christlich-demokratisch sein, oder es wird nicht sein. Wir kämpfen jedoch mit aller Kraft für ein Europa der Vielfalt, der Freiheit, der Solidarität und Gerechtigkeit.

Unsere Politik ist eine freiheitliche Politik. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Menschen in sozialer Gerechtigkeit und in Frieden leben, daß sie frei sind und ihr persönliches Glück anstreben können. Deshalb sagen wir: Europa darf nicht sozialistisch werden!

Europa darf nicht dem Klassenkampf, der Bürokratisierung und außenpolitischen Neutralisierung ausgeliefert werden.

Europa muß statt dessen geprägt sein von Partnerschaft, Bürgerfreiheit und Sicherheit. Es muß ein Garant sein für das Glück seiner Menschen.

These 7: Die SPD will die Planwirtschaft in Europa

In ihrem Europawahlprogramm bekennt sich die SPD wieder unverhüllt zu Sozialismus und Planungswirtschaft. Die SPD will „eine Änderung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur in unseren Ländern“. Gefordert werden u. a.:

- einschneidende Eingriffe des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft bis hin zur Verstaatlichung,
- öffentliche Investitionsplanung für privatwirtschaftliche Investitionen und Investitions-Meldestellen,
- Wirtschaftsplanung und Strukturräte,
- Verstaatlichung der beruflichen Bildung usw.

Zur Begründung ihrer Forderungen verzerrt die SPD unsere Wirklichkeit zu einer Monsterwelt, in der es von Multis, Monopolen und Oligopolen wimmelt. Die Rolle des monstertötenden Ritters spielt bei der SPD das Kollektiv — das Kollektiv der Bürokraten und Funktionäre. Am Ende steht eine syndikalistische Gesellschaft als moderne Form eines neuzeitlichen Feudalismus: Politische und wirtschaftliche Macht in einer Hand vereint — eine Zukunftsperspektive, die schaudern macht.

Während die Eurokommunisten im SPD-Wahlprogramm mit wohlwollender Sympathie behandelt werden, werden Christliche Demokraten unerbittlich diffamiert. Wir sind „Hauptgegner“ der SPD — die Kommunisten jedoch nur „Gegner“.

Der Schluß liegt nahe: Die SPD schont die Kommunisten, um sich im Verbund mit ihren sozialistischen Bruderparteien die Tür zur Volksfront in Europa offen-

zuhalten! Es wäre nicht das erste Mal, daß sich Sozialisten und Kommunisten zusammentun. In Frankreich gibt es seit 1972 ein „Gemeinsames Programm“ von Sozialisten und Kommunisten. Auch in anderen Ländern sind die Sozialisten anfällig für ein Volksfrontbündnis aus Sozialisten und Kommunisten.

These 8: Wir wollen eine lebendige Gemeinschaft statt der „Eurokratie“

Der SPD-Ruf nach Wirtschaftsplanung und Investitionslenkung führt zwangsläufig zu mehr Bürokratie und damit zu erheblichen Kostensteigerungen. Die Strategie der Sozialisten besteht darin, unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durch die Übertragung immer größerer Wirtschafts- und Dienstleistungsbeziehe auf den Staat und auf öffentliche Einrichtungen zu verändern.

Mehr Bürokratie zu schaffen, ist gleichsam das „Grundgesetz“ der Sozialisten. Diese sozialistische Strategie läßt Europa zur Eurokratie verkümmern.

Die Direktwahl und die Stärkung der freiheitlichen Kräfte im Europaparlament sind Vorbedingung für die Entbürokratisierung der Gemeinschaft: Das Parlament kann die europäische Politik und Verwaltung wirkungsvoller kontrollieren und die Schwerfälligkeit der europäischen Organe abbauen.

CDU und EVP sind dem Gebot der Subsidiarität verpflichtet: Was die kleinere Gemeinschaft (z. B. Familie, Gemeinde oder Land) aus eigener Kraft leisten kann, darf die größere ihr nicht nehmen. Dieses Selbstverständnis machen CDU und EVP zu Anwälten gegen den bürokratischen Wildwuchs. Dieses Selbstverständnis stärkt aber auch die lebendige Gemeinschaft der Demokratie und das Engagement aus freier Selbstbestimmung.

These 9: Unser Ziel ist der Bundesstaat Europa

Bürokratie und kleinliches Feilschen um nationale Vorteile bringen Europa nicht weiter. Um den Stillstand in der europäischen Einigungspolitik zu überwinden, sind neue politische Impulse notwendig. Es geht darum, die Europäische Union zielstrebig und beharrlich zu verwirklichen.

Wir wollen:

- eine Verfassung der Europäischen Gemeinschaft erarbeiten, die dem politischen Handeln und der Ordnung von Gesellschaft und Wirtschaft in Europa Richtung und Halt gibt,
- die Einheit Europas in einer Föderation, die sich auf Institutionen stützt, die den neuen Bedürfnissen dieser Union angepaßt sind. Nur mit verstärkten und verbesserten Organen kann Europa immer mehr Eigendynamik entwickeln. (Tindemans-Bericht)

Die Europäische Gemeinschaft soll allen europäischen Staaten mit freiheitlich-demokratischer Grundordnung offenstehen. Wir unterstützen deshalb die Anträge Griechenlands, Spaniens und Portugals auf Beitritt zur Gemeinschaft, auch wenn dies ökonomische und soziale Probleme mit sich bringt.

II. Europa – Gemeinschaft der Freiheit, der Sicherheit und des Friedens

These 10: Wir wollen die Partnerschaft mit den USA

Die Sicherung des Friedens, Entspannung und die Gewährleistung der äußeren Sicherheit Europas sind die wichtigsten Voraussetzungen zur Entfaltung und Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft. Europa ist dabei auf die Partnerschaft mit den USA angewiesen. Diese Partnerschaft ist jedoch mehr als ein Zweckbündnis; sie beruht auf gemeinsamen Grundwerten und den Grundüberzeugungen westlicher Demokratie. Der Antiamerikanismus europäischer Sozialisten zerstört dieses Fundament der Gemeinsamkeit und wird dadurch zur Gefahr für Europa und unser geteiltes Land.

Ziel unserer Politik bleibt, die Spaltung Europas in Frieden zu überwinden (EVP-Programm). Für uns und die Christlichen Demokraten der Gemeinschaft ist das „Recht auf Selbstbestimmung aller Völker, einschließlich des deutschen Volkes . . . , ein Grundsatz europäischer Politik“ (EVP-Programm).

Frieden und Sicherheit in Europa sind vor allem durch die wachsende militärische Macht des Warschauer Pakts bedroht. Die Ziele sowjetischer Politik sind nach wie vor gültig: Westeuropa soll in den Einflußbereich der Sowjetunion und damit unter ihren Herrschaftsanspruch gezwungen werden. Europa muß sich gemeinsam dieser Herausforderung stellen.

Die SPD verharmlost die Bedrohung und die sicherheitspolitische Lage in Europa. Ihre Politik ist eine Politik der Illusionen und falschen Vorleistungen anstelle realistischer Entspannungspolitik.

Wir sind für Abrüstung in Sicherheit. „Wir treten ein für eine wirksame und dauerhafte Entspannung auf der Grundlage der Ausgewogenheit von Leistung und Gegenleistung“ (EVP-Programm). „Berlin (West) ist Teil der Europäischen Gemeinschaft und bleibt ein Prüfstein für wirkliche Entspannung in Europa“ (EVP-Programm).

These 11: Europa muß den Entwicklungsländern helfen

Die Bedeutung Europas für den Interessenausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wächst. Die Entwicklungsländer fordern eindringlich eine

Verbesserung ihrer Situation. Europa kann sich nicht vor seiner Verantwortung drücken:

1. Aus moralischer Verpflichtung: denn es ist unerträglich, daß gegenwärtig fast zwei Drittel der Menschen dieser Erde nicht einmal das Nötigste zum Leben haben.
2. Aus politischer Notwendigkeit: denn es gibt keine dauerhafte und friedliche Ordnung in der Welt ohne Gerechtigkeit für alle Völker.
3. Aus wirtschaftspolitischer Vernunft: denn unsere und die Interessen der Dritten Welt ergänzen einander.

Dabei geht es darum, die Hilfen auf die Länder zu bündeln, die der Hilfe am meisten bedürfen.

III. Europa – Gemeinschaft des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts

These 12: Gemeinsame Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik erfordert gemeinsame ordnungspolitische Grundlagen

Um seiner Verantwortung nach außen gerecht zu werden, muß Europa sich im Inneren weiterentwickeln.

Europa ist zur Wirtschaftsgemeinschaft zusammengewachsen. Eine gemeinsame Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik fehlt dennoch weitgehend. Eine europäische, über den Tag hinausreichende Wirtschaftspolitik setzt eine gemeinsame ordnungspolitische Grundlage voraus.

Die Christlichen Demokraten Europas haben sich im EVP-Programm eindeutig für die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für Europa entschieden. Die Soziale Marktwirtschaft ist nicht zentralistisch, sie überläßt damit den Bürgern ein hohes Maß an Selbständigkeit, Freiheit und Verantwortung. So ist sichergestellt, daß nationale Bedürfnisse und Eigenheiten angemessen zur Geltung kommen und trotzdem das notwendige Maß marktwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Koordination gegeben ist. Die Soziale Marktwirtschaft ist die erfolgversprechende Ordnung für Europa.

These 13: Problem Nr. 1 in Europa ist die Arbeitslosigkeit

Das gesellschafts- und sozialpolitische Problem Nr. 1 in Europa ist auf absehbare Zeit die Millionenarbeitslosigkeit. In der EG sind 6 Millionen Menschen arbeitslos; besonders hart sind Frauen und Jugendliche betroffen: Über 2,5 Millionen Frauen und über 2,5 Millionen Jugendliche unter 25 Jahren finden keine Arbeit.

Die Dunkelziffer ist groß, so daß in Wirklichkeit die Arbeitslosigkeit noch höher ist, als die Statistiken ausweisen.

Arbeit ist ein Freiheitsrecht — sie ist „ein wesentliches Element der Selbstverwirklichung des Menschen“. (EVP-Programm)

Es ist daher unsere Aufgabe, „Vollbeschäftigung zu erreichen und zu sichern“.
(EVP-Programm)

Notwendig ist eine Politik, die in unserem Wirtschaftskreislauf die von den Sozialisten eingebauten Bremsklötze beseitigt und ein Wirtschaftswachstum ermöglicht, das auch den sozialen und ökologischen Erfordernissen Rechnung trägt.

Die CDU verfügt über ein Programm zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa. Schwerpunkte unserer Politik sind Maßnahmen, die darauf abzielen, die Investitionsneigung der Unternehmen zu erhöhen — und damit neue Arbeitsplätze schaffen. Unser Programm fordert vor allem:

- arbeitsplatzschaffende Maßnahmen, wie die Förderung privater und öffentlicher Investitionen, die Verbesserung und Vermehrung des Angebots an Teilzeitarbeitsplätzen u. a. m.
- flankierende Maßnahmen zur Entlastung des Arbeitsmarktes, z. B. eine befristete Erweiterung der flexiblen Altersgrenze.

Hätte sich die Bundesregierung dieses Programm zu eigen gemacht, wären viele schwerwiegende Probleme (Arbeitsmarktprobleme, harte Tarifkonflikte usw.) vermieden worden.

These 14: CDU und EVP sind für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

Europa braucht wirtschaftliche Sicherheit, Fortschritt und Stabilität, wenn es die Arbeitslosigkeit überwinden, die anstehenden Gemeinschaftsprobleme meistern und seiner Verantwortung in der Welt gerecht werden will. Europa muß eine Wirtschafts- und Währungsunion werden, um die gemeinsamen Probleme in Europa gemeinsam lösen zu können. Wir begrüßen deshalb den Versuch, durch ein Europäisches Währungssystem (EWS) der Europäischen Währungsunion näher zu kommen. Dieser Versuch birgt jedoch auch Risiken, denen wir entgegenwirken müssen: Europa darf nicht zur Inflationsgemeinschaft werden, deren Politik sich an einer mittleren Inflationsrate in Europa orientiert.

Die Feststellung auf dem Londoner Gipfel vom 11. Mai 1977 gilt nach wie vor und muß Leitlinie der Politik bleiben: „Inflation verringert die Arbeitslosigkeit nicht. Im Gegenteil, sie ist eine der Hauptursachen.“

These 15: Ohne gesicherte Energieversorgung geht es nicht

Europa muß ca. 60 % der benötigten Energie importieren. Europas Wohlstand und die Sicherheit der Arbeitsplätze hängen von der ausreichenden Energieversorgung ab. Zur Sicherung eines ausreichenden Energieangebots kann nach unserer Auffassung auf den Ausbau der Kernenergie nicht verzichtet werden. Davon gehen auch die Zielsetzungen des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates aus. Allein auf Kohlekraftwerke zu setzen, ist schon aus umweltpolitischen Gründen nicht möglich. Denn Kohlekraftwerke mit einer Kapazität von 700 Megawatt stoßen pro Jahr 20 000 Tonnen Schwefel aus.

These 16: Europa ist Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft

Der wirtschafts- und währungspolitische Fortschritt in Europa ist eng mit dem sozialen Fortschritt verknüpft. Sozialer Friede oder Unfriede lassen sich nicht mehr national begrenzen. Der Streik der englischen Ford-Arbeiter im Herbst vergangenen Jahres führte z. B. zu Produktionseinbußen und Produktionsstopps auch in anderen europäischen Ford-Werken. Deshalb kommt einem „energischen Vorgehen im sozialpolitischen Bereich“ die gleiche Bedeutung zu wie „der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion“. (Beschluß der Regierungschefs auf der Pariser Gipfelkonferenz 1972)

These 17: Europa brachte den sozialen Fortschritt

Die SPD fordert in ihrer Wahlkampagne das „Europa der Arbeitnehmer“. Diese Formulierung ist sozialistisches Sprücheklopfen. Über 80 % der erwerbstätigen Bürger in der Europäischen Gemeinschaft sind Arbeitnehmer. Und die Arbeitnehmer können stolz sein auf die Erfolge, die durch sie in der Gemeinschaft erzielt wurden:

- Der reale Lebensstandard in der EG hat sich seit 1958, dem Startjahr der Gemeinschaft, mehr als verdoppelt.
 - Seit 1958 sind die Löhne in den Ländern der Gemeinschaft real zwischen 70 und 150 % gestiegen.
 - Für die Arbeitnehmer ist seit 1978 die Freizügigkeit in der EG verwirklicht.
- Die vielfach von Sozialisten zu verantwortende Politik der letzten Jahre hat jedoch weitere Fortschritte verhindert und sogar sozialen Rückschritt gebracht. Sozialistische Sprüche machen eben keine soziale Politik.

These 18: Die Neue Soziale Frage fordert eine europäische Lösung

Die Gesellschafts- und Sozialpolitik steht vor neuen Herausforderungen: Die Industrienationen Europas müssen sich mit neuen sozialen Problemen und

Konflikten auseinandersetzen. Das erfordert eine neue soziale Politik in der EG. Die CDU hat mit dem Konzept der Neuen Sozialen Frage Wege der Problemlösung aufgezeigt.

In der EG arbeiten 5,5 Millionen „Gastarbeiter“ — drei Viertel von ihnen kommen aus Drittländern, d. h. aus Ländern, die nicht zur EG gehören. Zusammen mit ihren Familien bilden sie eine der größten sozialen Problemgruppen der Gemeinschaft — 10 bis 12 Millionen Menschen, die außerhalb ihrer angestammten Heimat und ihrer gewohnten sozialen Beziehungen leben müssen. Dieses wichtige gesellschafts- und sozialpolitische Problem lässt sich sinnvoll nur auf europäischer Ebene lösen.

These 19: Die SPD hat in der Sozialpolitik die Glaubwürdigkeit verspielt

Die SPD trägt seit nunmehr über 10 Jahren Regierungsverantwortung in der Bundesrepublik. Sie ist damit mitverantwortlich für die sozialen Probleme, die sich bei uns und in Europa aufgestaut haben.

Wenn die SPD jetzt in ihrem Europaprogramm „eine weitgehende Dynamisierung der Sozialleistungen, d. h. die Bindung der Sozialleistungen an die Entwicklung der Einkommen in der Gemeinschaft“ verlangt, so fragen wir: Wer lehnt denn seit Jahr und Tag z. B. eine Dynamisierung des Kindergeldes ab, wie sie von der CDU immer wieder gefordert worden ist? Wer hat die bruttolohnbezogene, dynamische Rente abgeschafft? Es war die SPD und die von ihr getragene Bundesregierung!

Die Bundesregierung hat damit einen von ihr selbst initiierten Beschuß des Ministerrates der EG aus dem Jahr 1974 verletzt. Die Rentenpolitik der Bundesregierung ist ein schwerer Schlag gegen die europäische Einigung.

Der Anspruch der SPD, ein soziales Europa aufbauen zu wollen, ist leer und unglaublich. Wer so wie die SPD seine politische und moralische Glaubwürdigkeit verspielt, hat unser Vertrauen und das der europäischen Wähler nicht verdient.

IV. Europa – Gemeinschaft des Bürgersinns und der personalen Selbstentfaltung

These 20: Die Jugend muß die vorwärtstreibende Kraft Europas sein

Unsere Jugend lebt heute europäischer als alle früheren Generationen. Die Jugendlichen nutzen die Freiheit, die ihnen Europa bietet. Die europäische Jugend ist enger zusammengerückt als jemals zuvor. Aber auch unter den

Jugendlichen ist nach der europäischen Aufbruchsstimmung der 50er und 60er Jahre Ernüchterung eingekehrt. Über dem europäischen Alltag, der bürokratischen und politischen Routine, dem Verhandeln über Milchpfennig und Grenzabgabe sind die Ideale vergessen worden, deren Kraft Europa dringend braucht. Die Jugend braucht Ideale. Dann kann und wird sie wieder die vorwärtsstreibende Kraft des Einigungswerks sein.

These 21: Bildung und Kultur fördern Verständnis und Vielfalt

Bildung und Kultur können einen wesentlichen Beitrag leisten, die Bürger Europas einander näher zu bringen. Denn in der Kultur erschließt sich das Wesen eines Landes und seiner Menschen. Durch Bildung können wir uns verstehen, respektieren und schätzen lernen.

Sprachbarrieren hemmen den Zusammenschluß Europas. Es ist deshalb alarmierend, daß der Fremdsprachenunterricht in der Bundesrepublik Deutschland an Gymnasien und Realschulen in den letzten 10 Jahren erheblich reduziert wurde; in der reformierten Oberstufe wählen im Bundesdurchschnitt nur noch 2 % der Schüler ihre Leistungskurse so, daß sie bis zum Abitur Unterricht in zwei Fremdsprachen erhalten.

Ebenfalls mit großer Sorge betrachten wir die abnehmende Bereitschaft deutscher Schüler, junger Arbeitnehmer, Studenten und Wissenschaftler, einen Teil ihrer Aus- und Weiterbildung im Ausland zu erwerben. Wir haben ein umfassendes Maßnahmenbündel vorgelegt, dieser negativen Entwicklung Einhalt zu gebieten.

Die sprachliche und kulturelle Vielfalt Europas ist ein Zeichen seiner Tradition und seiner geistigen Freiheit. Zentralistische und sozialistische Gleichmacherei würde die Zukunft Europas belasten, statt sie zu fördern. Aufgabe einer europäischen Kultur- und Bildungspolitik muß es sein, Gleichwertigkeit in der Vielfalt zu verwirklichen.

These 22: Die Kampagne der SPD schadet dem Ansehen der Deutschen in Europa

Die SPD hat das Thema Verfassungsfeinde in ihr Europa-Wahlprogramm aufgenommen. Sie fordert eine „EG-Charta der Bürgerrechte“; diese soll u. a. sicherstellen, „daß Gesinnungsschnüffelei und Regelüberprüfungen der Bewerber für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst durch Verfassungsschutzorgane unterbleiben“.

- Die SPD läßt unerwähnt, daß gerade ihre Vorschläge Gesinnungsschnüffelei provozieren, weil es ihnen an klaren Maßstäben fehlt.
- Die SPD will Europa zum Austragungsort eines Problems machen, das keine verfassungsrechtlichen und politischen Parallelen in anderen europäischen

Ländern kennt. Sie verfestigt dadurch Vorurteile und fördert Mißverständnisse, die uns Deutschen in den Partnerländern schaden.

Europa braucht starke Demokratien, um seine Freiheit erhalten zu können. Wer gegen die Idee der wehrhaften Demokratie angeht, will ein anderes Europa — ein Europa, wie es Kommunisten und der sozialistischen Mehrheit in der SPD vorschwebt.

These 23: Die Familie ist das Fundament einer freiheitlichen und sozialen Politik

Die Familie ist für CDU und EVP „Eckstein unserer Gesellschaft“. Entsprechend muß die Sozialpolitik „die Familie, ihrer Bedeutung in einer freien, demokratischen Gesellschaft entsprechend, fördern und schützen“.(EVP-Programm)

Der anhaltende und im internationalen Vergleich beispiellose Geburtenrückgang in der Bundesrepublik muß als stiller Protest der Familie gegen die unzureichende Berücksichtigung ihrer ideellen und materiellen Anliegen gewertet werden. Wir können, was die Stärkung der Familie und ihre Erziehungsfähigkeit betrifft, von unseren europäischen Nachbarn lernen: In der Bundesrepublik Deutschland wird nach Luxemburg der relativ geringste Anteil der gesamten Sozialleistungen für Familien aufgewandt. Während z. B. in Frankreich rd. 20 % der Sozialleistungen an Familien ausgegeben werden, sind es in der Bundesrepublik Deutschland nur rd. 10 %.

Sozialisten haben kein Herz für die Familie: In allen europäischen Ländern, in denen Sozialisten in der Regierungsverantwortung stehen, sind Abwertungs- und Aufweichungstendenzen gegenüber der Familie zu beobachten; sei es durch „Reform“ des Scheidungsrechts, durch die Ehe und Familie zu einer leicht aufkündbaren Rechtsbeziehung werden, sei es durch Manipulationen des Rechts der elterlichen Sorge und des Jugendhilferechts.

These 24: Die CDU tut mehr für die Frauen und die Familie

Der Anteil der Frauen an der Gesamtbevölkerung in Europa beträgt 51,6 %. Frauen bilden also die Mehrheit in Europa. Dieser Mehrheit werden dennoch Entfaltungsmöglichkeiten und Gleichberechtigung vielfach vorenthalten.

Wir fordern die Gleichberechtigung der Frau im Erwerbsleben. Insbesondere muß der Grundsatz gelten: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Damit aber erschöpft sich unser Einsatz für die Frauen nicht. Wir fordern:

- die stufenweise Einführung eines Erziehungsgeldes für den nichterwerbstätigen Elternteil,
- die Anerkennung der Familienleistung durch eine leistungsbezogene und familiengerechte Partnerrente,

- die Anerkennung von Erziehungsjahren als Beitragszeiten in der Rentenversicherung sowie
- den Ausbau von Bildungsmaßnahmen für die Familien und Erziehungsberatung.

Entscheidend ist, daß der Frau ohne unzumutbare Nachteile eine echte Wahlfreiheit eingeräumt wird, ob sie eine außerhäusliche oder innerhäusliche Tätigkeit ausüben will.

Sozialisten dagegen haben ein einseitiges Verständnis von der Rolle und der Leistung der Frau. Maßstab ihrer Anerkennung ist allein das Erwerbsleben.

These 25: Bürgersinn ist die Tugend der Bürger Europas

Unsere gemeinsame Zukunft, die Verwirklichung der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Ziele, die wir uns gesetzt haben, erfordern mehr als eine Summe von Teilpolitiken; sie erfordern eine Gesamtpolitik europäischen Bürgersinns. Bürgersinn ist die Tugend, die Europa zusammenhält. Ausdruck des Bürgersinns ist nicht zuletzt die Verantwortung, die wir gemeinsam für unsere natürlichen Lebensgrundlagen in Europa tragen.

Die Verseuchung und Belastung von Luft, Flüssen, Meeren und der gesamten Natur bedrohen unser Leben und unsere Gesundheit. Wir Europäer leben in einer natürlichen Gemeinschaft, aus der niemand ausbrechen kann und darf. Grenzüberschreitende umweltbelastete Flüsse sind dafür ein unübersehbarer Beweis. Wir begrüßen und unterstützen deshalb nachdrücklich alle europäischen Initiativen.